

GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik: Nachhilfe für Politiklehrer und -lehrerinnen

von Johannes Schillo

Der Politikunterricht ist ins Visier der Politik geraten: Protestierende und streikende Schüler sind zur Raison, aber auch zu ökologischem Problembewusstsein zu bringen; parteipolitische Neutralität gilt es zu wahren, da die AfD die Gesinnung des Lehrpersonals mit „Meldeportalen“ überprüfen will; der Antisemitismus muss endlich mit Stumpf und Stiel ausgerottet, die fdGO wie immer geschützt und Politikverdrossenheit in Wahlbeteiligung überführt werden... Fachlichen Rat zu diesem schweren Geschäft gibt es u.a. von der Zeitschrift „GWP“. Zu deren Dienstleistung hier einige Hinweise.

Die Vierteljahrszeitschrift „GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik: Sozialwissenschaften für politische Bildung“ ist die älteste Fachzeitschrift in der Bundesrepublik „für Studium und Praxis des sozialwissenschaftlichen Unterrichts“. Sie erscheint seit 68 Jahren, also fast so lange, wie es die Republik gibt. Mittlerweile wird sie vom Verlag Barbara Budrich verlegt; das vollständige GWP-Archiv mit Volltext, Recherche- und Downloadmöglichkeiten findet sich unter: <https://www.budrich-journals.de/index.php/gwp>, dort auch alle weiteren Angaben zu Herausgebern, Redaktion, Autoren etc. Im Unterschied zu anderen Fachzeitschriften (Außerschulische Bildung, Journal für politische Bildung) stehen die einzelnen Ausgaben nicht unter einem Themenschwerpunkt, sondern bieten einen Querschnitt durch die angesagten Vorgänge und Diskurse im Land. Das kann den Eindruck eines Sammelsuriums erwecken, in der letzten Zeit gelang es GWP aber auf diese Weise, zu verschiedenen Kontroversen Aktuelles beizusteuern.

**In der letzten Zeit gelang
es GWP, zu verschiedenen
Kontroversen Aktuelles
beizusteuern**

Politikunterricht „wieder brisant“?

Als die AfD begann, ihr mit großem Tamtam angekündigtes Projekt einer ideologischen Säuberung der politischen Bildung in die Wege zu leiten – etwa mit Hilfe von Online-Plattformen, die per Denunziation einschlägiger Lehrkräfte die Verbreitung „linker Ideologien“ unterbinden sollen¹ –, reagierte GWP schnell. Die Zeitschrift verteidigte die Notwendigkeit der Kritik an Nationalismus, Rassismus und (Neo-)Faschismus – natürlich immer im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, auf die der Politikunterricht nichts kommen las-

¹ Vgl.: <https://www.magazin-auswege.de/2019/01/die-afd-und-ihre-alternative-nationalerziehung/>, ferner: https://www.i-v-a.net/doku.php?id=texts18#%E2%80%9Egruss_aus_beutelsbach.

sen darf. Unter anderem gab die Politikdidaktikerin Sibylle Reinhardt, Mitherausgeberin von GWP, dazu eine Expertise ab, die das Fach aus der Defensive herausholen wollte. Denn dank der jüngsten politischen Interventionen sei die „Atmosphäre“ an den Schulen „ähnlich aufgeheizt wie in den 70er-Jahren“. Das Fazit der Autorin: „Politikunterricht ist wieder brisant geworden.“² (Eine staatstreue, juristische Expertise zum Thema Meldeportale hat der ehemalige Bundesverfassungsrichter Rainer Eckertz in GWP 2/19 nachgetragen.)

Eine ähnliche Stellungnahme von Reinhardt hat GWP Nr. 2/19 gebracht: „Fridays for Future – Moral und Politik gehören zusammen“. Die Autorin beweist insofern Mut, als sie die Politisierung des Unterrichts durch die neue Schulstreikbewegung positiv aufnimmt, ja sogar die Konsequenz, sich der Schulpflicht zu entziehen, also zivilen Ungehorsam zu praktizieren, als eine mögliche Protestform bewertet. Reinhardt greift dabei auch die AfD an, die im Landtag von Sachsen-Anhalt gefordert hatte, dass Schüler, die wiederholt im Unterricht wegen der Teilnahme an den Klimademonstrationen fehlen, von der Polizei abgeholt und in die Schule gebracht werden sollten. Dazu die Politikdidaktikerin: „Dass die AfD nach ihrer Jagd auf Lehrer nun auch zur Jagd auf Schüler und Schülerinnen posaunt, das sagt mehr über die AfD aus als über Friday for Future.“ (Nr. 2/19, S. 161)

Allerdings ist der Rahmen, in dem eine solche kritische politische Bildung agieren kann, eng gesteckt. Reinhardt geht nämlich auf die Position von Habermas zurück, die dieser in den 1980er Jahren im Zuge von Nachrüstung, Mutlangen etc. mit seiner Stellungnahme zum zivilen Ungehorsam als „Testfall für den demokratischen Rechtsstaat“ eingenommen hatte. (Habermas' Aufsatz von 1983 wurde 1985 in seinem Band „Die neue Unübersichtlichkeit“ wieder abgedruckt.) Der Regelverletzer, der sich nicht an die staatlichen Vorschriften hält, muss demnach gleichzeitig die Sanktionsgewalt des Staates akzeptieren und darf sie nicht behindern – eine Forderung, die übrigens von der Protestbewegung „Extinction Rebellion“ heutzutage weitgehend berücksichtigt wird. Im Grunde ist diese Form des Ungehorsams also nur als eine symbolische Aktion zulässig, als ein Akt, der sich selber wieder zurücknimmt.

Problematischer als diese Überlegungen, die den Übergang von Bildung zur Aktion betreffen, ist jedoch Reinhardts Einordnung von FFF als legitime Bewegung deshalb, weil sie – im Unterschied zu anderen Protestaktionen – kein Gruppeninteresse, sondern „unabweisbar das Interesse aller Menschen“ vertrete (Nr. 2/19, S. 159). Bei Gruppeninteressen sei nämlich automatisch der Ideologieverdacht gegeben. Das ist ein seltsames Bedenken, gerade in der politischen Bildung, die doch nach klassischem Verständnis (Beutelsbacher Konsens: drittes Gebot!) Schülern und Schülerinnen dazu verhelfen soll, ihre Interessen zu artikulieren. Außerdem lässt sich ja mit den höchsten Idealen – der Menschheit, des Globus, der Zukunft etc. – wunderbar Ideologieproduktion betreiben, wie Staatenlenker und Wirtschaftsführer immer

2 Sibylle Reinhardt, Jagd auf Lehrer statt Beutelsbacher Konsens – Kommentar zum Portal „Neutrale Schulen“ der AfD in Hamburg. In: GWP, Nr. 1, 2019, S. 1-7, hier S. 6; online: <https://www.budrich-journals.de/index.php/gwp/article/view/32524/27990>.

wieder vorführen. Vielleicht sollte man den Nachwuchs als Erstes darüber aufklären, was für eine Treppenwitz der Weltgeschichte es ist, dass sich die diplomatische Börse der politischen Machthaber und, nicht zu vergessen, Machthaberinnen „Vereinte Nationen“ nennt? Ähnliches wäre da angebracht, wo von Abstraktionen wie Globalisierung oder Digitalisierung die Rede ist und damit die tätigen Subjekte und die zugrunde liegenden Interessen zum Verschwinden gebracht werden.

Dass es absolut notwendig ist, gegen die verhüllenden und verschleiernenden Aufbereitungen politischer Fragen, gerade auch in der Fachwissenschaft, vorzugehen, macht Christoph Butterwegge in GWP 3/19 (S. 311) deutlich: „Ausgerechnet im Vorfeld schwerer ökonomischer oder ökologischer Krisen und in gesellschaftlichen Umbruchsituationen hat eine Beschönigungs- und Beschwichtigungsliteratur regelrecht Hochkonjunktur, die den Klimawandel genauso wie den Themenkreis ‚Rechtsextremismus und Gewalt‘ oder das Problemfeld ‚Armut und soziale Ungleichheit‘ behandelt.“ Butterwegge greift dann das Thema Armut in dem genannten Heft auf, GWP-Mitherausgeber Edmund Budrich das Wohnungsproblem, das jüngst als große soziale Frage wiederentdeckt wurde.³

Extremismusforschung: auf beiden Augen blind

Die Zeitschrift GWP bildet natürlich, wie sich das für die Überparteilichkeit der politischen Bildung gehört, ein breites Spektrum ab. So ist auch regelmäßig die „Extremismusforschung“ vertreten, also das Arbeitsfeld der Polizei- und Staatsschutzwissenschaft, die den Gefahren- diagnosen der streitbaren Demokratie, wie sie vom etablierten Betrieb der Exekutive erstellt werden, einen theoretischen Überbau hinzufügt – und dabei immer mal wieder zum Opfer der politischen Konjunkturen wird. So haben Thorsten Winkelmann und Tom Thieme in der Nr. 2/19 die alarmierende Bilanz „Linksextremismus in Deutschland: Gefährdungspotenziale, Ideologie, Erscheinungsformen“ abgeliefert, die abschließend festhält, dass die linke Militanz viel schlimmer ist als andere Extremismen, weil sie sich (im Unterschied zu den national bornierten Rechten) international vernetzen kann. „Die größere Schlagkraft des subkulturellen Linksextremismus“ sei per se gegeben, so argumentieren – an sich keine dumme Idee! – die beiden Autoren, „während die antiegalitäre Idee des Nationalismus eine internationale Kooperation rechtsextremer Gruppen gleichsam naturbedingt behindert, zumindest aber erschwert...“ (GWP 2/19, S. 208).

Die Extremismusforschung wird immer mal wieder zum Opfer der politischen Konjunkturen

Doch gerade ist das Heft auf dem Markt, da passiert „Halle“, also der Anschlag eines transnational bestens vernetzten Rechtsradikalen, und die deutschen Politiker schämen sich reihum

3 Vgl. dazu den Auswege-Beitrag vom 21.4.2019 über die vom Bundesinnenminister entdeckte neue „soziale Frage unserer Zeit“: Sind die Mieten zu hoch ... oder die Löhne und Gehälter zu niedrig?: <https://www.magazin-auswege.de/2019/04/sind-die-mieten-zu-hoch/>

fürs Wegschauen, für die – eigentlich – unfassbaren Versäumnisse beim Blick auf die rechte Gefahr, und geloben – zum x-ten Mal – Besserung. Das ist schon eine Tragik dieser dienstbeflissenen Stasiwissenschaftler: Da malen sie minutiös die offiziellen Feindbilder aus, spiegeln sie an ihre Auftraggeber zurück und werden von denen bei Gelegenheit gnadenlos desavouiert. Wie damals, als Harald Bergsdorf und Rudolf van Hüllen ihre Alarmmeldung „Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?“ (Paderborn u.a. 2011) vorlegten und kurz darauf der NSU aufflog bzw. der vorvorletzte Verfassungsschutzskandal begann. Wir erinnern uns: Damals gestand die Politik unfassbare Versäumnisse beim Blick auf die rechte Gefahr ein – die in unzähligen Untersuchungsausschüssen noch unfassbarer wurden. Aber das ist ja jetzt „seit Chemnitz“, pardon „seit Halle“, endgültig überwunden...

Pädagogik gegen rechts, ächz

Im aktuellen GWP-Heft 3/19 ist Rechtsextremismus ein zentraler Gegenstand, natürlich auch mit Blick auf die pädagogische Arbeit. Sebastian Fischer (Universität Oldenburg) berichtet z.B. von einem Forschungsprojekt, das der Frage nachging, was angehende Politiklehrer und -lehrerinnen über Rechtsextremismus denken. Die Erhebung bei rund 200 Studierenden kommt zu einem ernüchternden Ergebnis. So waren noch nicht einmal alle Befragten der Meinung, dass das Thema wichtig für den Unterricht sei – eine Haltung, die der Autor durchaus als bundesweites Problem identifiziert hat: „Bereits jetzt gibt es Regionen in Deutschland, wo Lehrkräfte sich nicht trauen, im Unterricht über Rechtsextremismus zu sprechen. Es bestehen Befürchtungen, dass Erziehungsberechtigte und Teile des Kollegiums die Legitimität des eigenen Handelns in Frage stellen können und Schulleitungen sich bei entsprechenden Konflikten nur unzureichend positionieren.“ (GWP 3/19, S. 352)

Rechtsextremismus wird dabei von den Befragten in der Hauptsache durch zwei Merkmale bestimmt: Erstens durch „Ausländerfeindlichkeit“ – wobei die meisten bewusst diesen Terminus oder verwandte Bezeichnungen („Fremdenhass“ etc.) benützen und nicht von „Rassismus“ sprechen –, zweitens durch „Gewalt“. Auf diese bedenkliche Verkürzung weist Fischer explizit hin; bei der Konzentration auf gewalttätige Verhaltensweisen dominiere auch das Bild eines devianten, juvenilen Rechtsextremismus, während den arrivierten Teilen der extremen Rechten weniger Aufmerksamkeit geschenkt werde. Eine geradlinige rassistische Einstellung, die keine unmittelbar praktischen Konsequenzen benennt, ist also in dieser Gewalt-orientierten Perspektive noch kein großes Problem. Zudem wird mit der Gewaltfixierung die Illusion bekräftigt – die dem Politikunterricht allerdings nicht fern liegt –, demokratische Herrschaft wäre eine gewaltfreie Angelegenheit.

**Mit der Gewaltfixierung
wird die Illusion bekräftigt,
demokratische Herrschaft
wäre eine gewaltfreie
Angelegenheit**

Bei der Ursachenforschung sieht es genau so düster aus. Wie im Mainstream üblich⁴, wird die politische Urteilsbildung, die im rechtsradikalen Lager stattfindet, von den angehenden Politiklehrern gar nicht als Politikum ernst genommen, eine Verbindung zur politischen Kultur in Deutschland kaum zum Thema gemacht. „Insgesamt zeigt sich, dass der Rechtsextremismus am häufigsten mit der schwierigen Lebenslage von Menschen erklärt wird. Im Mittelpunkt der Überlegungen stehen ökonomische Probleme, soziale Desintegration, Bildungs- und Intelligenzdefizite sowie negative Persönlichkeitsmerkmale“ (GWP 3/19, S. 344). Fast ein Drittel der Befragten vermutet sogar, dass das Verhalten von Migranten als Ursache des Rechtsextremismus anzusehen sei. Die Hälfte nimmt an, dass eine schwierige ökonomische Situation die Ursache für die Entwicklung einer rechtsextremen Einstellung sei – so als gäbe es, wie Fischer zutreffend einwendet, einen Automatismus, der von Arbeitslosigkeit zu Ausländerfeindlichkeit führt. Dazu passt dann, dass nur sechs Prozent die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass der Nationalismus eine Rolle bei der Entwicklung rechtsextremer Einstellungen spielen könnte. Dafür ist wiederum ein großer Teil der Meinung, beim Rechtsextremismus handle es sich um ein Jugendphänomen.

... ein großer Teil der Befragten ist der Meinung, beim Rechtsextremismus handle es sich um ein Jugendphänomen

Häufig wird dabei die bestehende bundesdeutsche Gesellschaft „zum idealisierten bzw. unhinterfragten Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit dem Thema Rechtsextremismus“ (GWP 3/19, S. 351). Auf dieser Basis entsteht dann eine Bildungsarbeit, die sich den extremen Erscheinungen am rechten Rand zuwendet, die Mitte der Gesellschaft aus der Schusslinie nimmt und im Rechtsruck eine Entwicklung sieht, die gewissermaßen von außen kommt. Die politischen „Ermöglichungsbedingungen“ (Fischer) sind damit kein Thema. Das ist, da muss man dem Autor zustimmen, eine eindeutige Mängelbilanz. Wie diesem Zustand abzuhelpen wäre, thematisiert ein anderer Beitrag in dem GWP-Heft, in dem die Politikdidaktikerin Anja Besand den „Nutzen (neuerer) Populismusforschung für die politische Bildung“ zum Thema macht. Bislang sei der Ertrag jedoch gering. „Die Populismusforschung bleibt im Hinblick auf die Bearbeitung der Phänomene erstaunlich blass“. (GWP 3/19, S. 372) Die Autorin bietet einige Ideen, was man daraus machen könnte; die ersten Erfahrungen scheinen jedoch niederschmetternd gewesen zu sein.

Ein anderer Autor, Tanjev Schultz, analysiert die „Vogelschiss“-Rede von Alexander Gauland, die dem AfD-Politiker eine Anzeige wegen Volksverhetzung eingebracht hatte. Gauland hatte bei einer Rede im Juni 2018 gesagt: „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“. Die zuständige Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen jedoch ein, da sie die Aussage im Gesamtkontext der Rede durch die

4 Vgl. den Kommentar im Auswege-Magazin: <https://www.magazin-auswege.de/2019/10/staerker-auf-die-persoenlichkeit-von-taetern-schauen/#comment-1453>

Meinungsfreiheit gedeckt sah; eine Bagatellisierung der NS-Zeit und des Holocaust sei nicht die einzige Möglichkeit, wie die umstrittene Aussage zu verstehen sei. Schultz teilt Gaulands Äußerungen nicht, ist aber der Meinung, dass die Staatsanwaltschaft zu Recht entschieden habe, hier sei die Schwelle zur Strafbarkeit nicht überschritten.

Zum Heft-Abschluss stellt Ruprecht Polenz (CDU) das Buch „Zur rechten Zeit“ von Norbert Frei u.a. (Berlin 2019) vor. Der Rezensent resümiert: „Völkischer Nationalismus und Rechtspopulismus haben derzeit in Deutschland Konjunktur“ – und bewegt sich so weit im Konsens mit den meisten Beobachtern –, um dann fortzufahren, dass „die Ursachen lange vor dem Jahr 2015“, also vor Merkels Flüchtlingspolitik lagen (GWP 3/19, S. 447). Aber, so schließt er gleich an: „Die seitdem ins Land gekommenen Flüchtlinge haben die latente Grundstimmung in ziemlich breiten Kreisen der Bevölkerung nur zusätzlich angefacht.“ Wenn das das letzte Wort in Sachen Rechtsradikalismus ist, dann aber gute Nacht! Flüchtlinge, also Ausländer, also die Hassobjekte von Rassisten sind ein Problem, wenn sie sich hierzulande, zumindest in größerer Stückzahl, breit machen. Wenn man sie fernhält, dient das der Harmonie der hiesigen Volksgemeinschaft. Das ist ein Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit, den sicher auch die AfD unterschreiben wird!



Über den Autor

Johannes Schillo (* 1949), Staatsexamen in Literatur- und Sozialwissenschaft, Journalist, bis 2015 Redakteur von Fachzeitschriften der (politischen) Weiterbildung.

Veröffentlichungen:

Schillo, J. (2015, Hrsg.): Zurück zum Original. Zur Aktualität der Marxschen Theorie. VSA Verlag

Kontakt:

schillo@t-online.de

☛ [Hier geht es zu weiteren Beiträgen von Johannes Schillo](#)

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
antwort.auswege@gmail.com